für die
**volks-
macht**

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien
Erscheinungsort Wien

VRA

Telefon 33 87 774
Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3

Sieger

im großen Wettstreit der Popularitätshascher



„Publicity" heißt die Parole unserer Politiker. Besonders leutselig guckt dabei immer Wiens Bürgermeister Gratz in die Kamera. Gemeinsam mit Unterrichtsminister Sinowatz gedachte er sich unlängst etwas „Glanz" zu holen, und so kam es zum Schilanglaufduell der beiden, welches von Fernsehen und Presse gebührend breitgewalzt wurde.

Der „Kurier" mutmaßte allerdings, daß der Herr Bürgermeister mit einem gewissen Handikap ins Rennen gegangen sei: Das Frischlingsessen vom Vorabend dürfte es nämlich in sich gehabt haben. Wahrscheinlich war die Wildsau zu würzig, weshalb reichlich nachgespült werden mußte. Trotzdem konnten die beiden Giganten der Loipe aber ihre „zeitweilige Indisposition" überwinden und — wenn auch verspätet — ihr Rennen aufnehmen. Ein gutes Rezept für alle Freunde eines guten Tropfens läßt sich dem Zeitungsbericht übrigens auch entnehmen: Nach zwei Kilometern Langlauf kommen „Nikotin und Alkohol aus den Poren".

Bürgermeister Gratz gewann schließlich den historischen Bewerb „um Nasenlänge", wie ein TV-Sprecher sich auszudrücken beliebte. Na ja, eine gute Nase hat er immer schon gehabt, der Gratz Poldi — auch damals, als er von der Hitlerschen Führernachwuchsschule zur SPÖ umstieg, um sich bei letzterer ebenfalls Führerqualitäten anzueignen.

Außerdem logierten — wieder nach „Kurier" — Gratz und Sinowatz anscheinend im Gewerkschaftsheim in Kirchberg. Nun weiß der Schreiber dieser Zeilen aber zufällig aus eigener Erfahrung, wie schwer man dort als gewöhnlich Sterblicher einen Platz bekommt. Zumal zur schönen, günstigen Winterurlaubszeit. Es mag uns jedoch ein Trost sein, daß das Gewerkschaftsheim immerhin aus unseren Gewerkschaftsbeiträgen finanziert wird, und daß wir auf diese Weise wenigstens zur Erholung der dort absteigenden Exzellenzen beitragen dürfen.

E. B., Wien

für die
volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nummer 83 · Februar 1974



Österreichs heimliche Regierung

hat ein Arbeitsverfassungsgesetz ausgeheckt, mit dem sie die Arbeiter noch enger an die „Sozialpartner" ketten will (siehe Seite 5)

Über den Wolken

Kreiskys Krisengipfel

Es kriselt. Nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Regierungspartei. „Das ist der Gipfel!" mag deshalb Kreisky gedacht haben, weshalb er rasch einen Krisengipfel einberief. Somit hatten die SP-Honoratioren Gelegenheit, vor den Fernsehkameras Energiesparmaßnahmen zu demonstrieren, indem sie nicht mit ihren Dienstautos, sondern ganz volkstümlich in Reisebussen ankamen. Die für die Rückfahrt (und ohne Fernsehen) bestimmten Mercedes parkten indes höchst unauffällig an den nächsten Ecken. Anschließend begaben sich die Krisengipfelstürmer ins Nobelhotel Krainer bei Baden, wo sie bei „Zungenröllchen Lukullus" teils mit vollen Backen kauten, teils auf ebensolchen in überheizten Räumen saßen. Alles, was Rang und Macht und Namen hatte, war anwesend, nur der Gewerkschaftspräsident Benya fehlte, was aber erst zur Krisis führte, als gegen Schluß des Notstandsfestes ein paar noch energiegeladene Herren einen versierten Partner zum Preferanzen suchten.

Während in den Abendstunden die Hotelfassade von — vielleicht nachtstromverbilligten? — Scheinwerfern taghell angestrahlt wurde, feierten also Kreisky, ein gewisser Schinderhannes und ihr Team offenbar den Sieg über jene 78 Prozent (!), die sich bei der „Gesundheits"-Volksbefragung g e g e n eine neue Steuer ausgesprochen hatten. Der Demokrat Kreisky jedoch ist f ü r den „Gesundheitsschilling" in Form verteuerter Tabakwaren, und es wäre ja wahrlich der Gipfel, wenn sich ein Politiker seines Formats — oder sagt man hier besser: seines Schlages? — plötzlich dem Willen der Bevölkerung zu beugen hätte. Weil aber der Zigarettenpreis allein noch zu wenig blauen Dunst macht, deshalb beschloß der Krisenherd — pardon, der Krisenstab, ein „Institut für staatsbürgerliche Information" zu schaffen. Aus Steuermitteln, versteht sich, denn wir haben's ja. Sollten wir's aber nicht haben, so bietet sich dem Bundeskanzler immer noch die Möglichkeit, das Volk um seine Meinung zu fragen und dann gegen den Willen der Mehrheit möglicherweise einen „Informationsschilling" einzuführen. Oder er verwendet für seine Regierungspropaganda jene 45 Groschen, die bekanntlich von jedem Gesundheitsschilling abgezogen werden und sich ansonsten ohnedies nur in irgendwelchen Winkeln des bürgerlichen Staates verkriseln.

Die SPÖ jedenfalls befindet sich in einem echten Notstand, denn „Sorge bereitet nämlich Kreisky etwa, daß die Bevölkerung für die Benzinpreiserhöhung — die wir ja den Ölscheichs verdanken — die SPÖ-Regierung verantwortlich macht". Na, und wenn die Informationen des „Instituts für staatsbürgerliche Information" genau so aussehen wie diese wörtlich zitierte Zeitungsmeldung, dann haben wir allerdings wenig Chancen, jemals zu erfahren, ob die ungenannten Ölscheichs nicht vielleicht Esso, Shell oder Aral heißen. Und dann werden wir wohl auch kaum erfahren, wer der Finanzscheich ist, dem wir in Kürze eine 18prozentige Erhöhung der Telefongebühren und eine Strompreiserhöhung verdanken werden.

Übrigens lieferten einige der Teilnehmer sogar noch am Ende der Veranstaltung einen Beitrag zu den propagierten Benzinsparmaßnahmen. Schon lange vor der Abfahrt starteten ihre Chauffeure die Motoren der, wie gesagt, ums Eck geparkten Straßenkreuzer: Damit die Wagen geheizt sind und die hohen Herrschaften nach dem Einsteigen nicht frieren ... ●





für die volksmacht
Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Mittels der von ihnen selbst geschaffenen „Krise" pirschen sich die Kapitalisten an den Reallohn der Werktätigen heran. Arbeiter, wehrt euch:

Angriff ist die beste Verteidigung



Krise in der Energieversorgung, sagt man. Und man verteuert dem kleinen Mann, der wegen der miserablen Verhältnisse im öffentlichen Verkehrswesen unter schweren materiellen Opfern auf sein eigenes Fahrzeug angewiesen ist, den Treibstoff, beschränkt durch einen "autolosen Tag" seine Bewegungsfreiheit. Und darüber hinaus droht man den einfachen Leuten, die sich seinerzeit auf Heizöl hatten umstellen müssen, mit einer kalten Winterstube, schreckt man sie mit der Aussicht auf finstere Straßen.

Krise auch in der Lebensmittelversorgung, schreit man. Und man gab uns einen Vorgeschmack, als wenige Wochen vor Weihnachten das Mehl rar wurde, obwohl unser Land die größte Getreideernte seit langem eingebracht hat, als Reis, Hülsenfrüchte und andere Nahrungsmittel sprunghaft im Preis anstiegen, weil die Kapitalisten, die all diese - und auch alle anderen - Waren in Händen haben, Superprofite witterten. Um acht Prozent höher kletterte der Lebenshaltungskostenindex im November 1973, und für 1974 ist eine Teuerungsrate von sogar zehn bis zwölf Prozent angekündigt.

Krise auch in der Beschäftigungslage, weissagt man. Die Industrieproduktion werde durch Energiemangel gebremst, die österreichischen Zulieferbetriebe werden durch die Stagnation im Ausland in Mitleidenschaft gezogen, unsere Textil- und Lederindustrie stagniert schon, die Märkte schrumpfen und die Auftragslage ist düster. Deshalb, so sagt man uns, müßten Arbeiter entlassen werden. Zuerst die "Gastarbeiter", dann die Frauen und schließlich auch die einheimischen Fachkräfte. Entweder - so sagen sie - ihr nehmt eine noch raschere Geldentwertung, daß heißt Verringerung der Kaufkraft der Löhne, in Kauf, oder ihr werdet arbeitslos.

Was können w i r dafür?

Haben die arbeitenden Menschen von Österreich etwa die Hebel der Wirtschaft in

der Hand? Mitnichten! Die Reichen, die Bosse, die Großkopferten sind es, die in der Wirtschaft kommandieren, denen alle Unternehmungen gehören. Was ist das für eine Wirtschaft? Eine kapitalistische Wirtschaft! Das heißt, wächst der Profit, dann blüht die Wirtschaft, wächst er gewaltig, dann blüht sie wundersam - bis zum Wirtschaftswunder. Stößt aber der grenzenlose Ausdehnungsdrang des Kapitals an die Grenzen der finanziellen Konsumkraft der werktätigen Massen, dann kommt eben - als angebliche Naturnotwendigkeit - die Krise, und wir, die arbeitenden Menschen, sollen ihre Lasten tragen.

Die Bonzen in der Gewerkschaftsführung sind damit vollkommen einverstanden. Oberboß Benya hat schon erklärt, daß man sich nach der "Wirtschaft" und "deren Möglichkeiten ausrichten" müsse. Was sich in der Vergangenheit schon oft genug gezeigt hat, kommt auch jetzt wieder klar zutage: Wenn es um den Profit geht, ziehen die Herrschaften alle an einem Strang. Ob sie nun Benya, Kreisky, Androsch oder Sallinger, Mautner, Schleinzer usw. heißen, ist egal. Ihre Brieftaschen müssen gefüllt bleiben!

Sie alle miteinander gehen jetzt bei den arbeitenden Menschen hausieren, um "Verständnis für die Situation" zu werben. Und offen geben sie zu, daß sie Angst haben. Angst davor, daß die Arbeiter sich von ihnen nicht länger belügen und betrügen lassen. Ausnahmsweise haben sie in diesem Fall vollkommen recht.

Denn die österreichischen Arbeiter sind auf die Dauer absolut nicht gewillt, endlose Preissteigerungen gleichsam als ein himmlisches Verhängnis zu ertragen. Warum denn auch? fragen sie. Wir arbeiten doch, und wir arbeiten gar nicht wenig und schon gar nicht schlecht. Warum soll es dann schlechter werden? Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß sich die Arbeiter Österreichs gegen die neue Welle der Profitsteigerung auf Kosten der Werktätigen zur Wehr setzen werden.

Daß sich die Arbeiter zur Wehr setzen, ist vollkommen berechtigt. Die Kapitalisten erhöhen den Preis der Waren, die (obwohl von den Arbeitern erzeugt) in ihrem Besitz sind. Infolgedessen müssen auch die Arbeiter den Preis der einzigen Ware erhöhen, die sie verkaufen können. Das ist der Preis der Ware Arbeitskraft, d.h. der Lohn muß auch höher werden! <u>Es gibt kein anderes Mittel gegen Preissteigerungen als Kampf um Lohnerhöhungen!</u>

Diese sofortigen Lohnerhöhungen sind absolut gerechtfertigt, als ja die letzten im Handumdrehen wieder entwertet waren. Wenn die Arbeiter warten bis 1975, wie es Benya will, lachen sich die Herren Unternehmer ins Fäustchen und scheffeln Milliarden.

Es gibt auch keine Ursache, der Erpressung mittels "gefährdeter Arbeitsplätze" nachzugeben. Je geringer die Kaufkraft der Arbeiter, desto weniger Absatzmöglichkeit für Waren gibt es, desto weniger wird produziert. Dadurch würden die Arbeitsplätze noch mehr gefährdet werden. Vor dem "Krisengespenst", das jetzt an die Wand gemalt wird, brauchen sich die Arbeiter nicht zu fürchten. Im Gegenteil, Angst müssen die Geschäftemacher haben. Denn dadurch wird nur die Unfähigkeit und Unhaltbarkeit des herrschenden Systems bewiesen.

Angriff ist die beste Verteidigung! Verteidigen wir unsere Reallöhne, unsere Arbeitsplätze! Kämpfen wir um sofortigen Teuerungsausgleich in den Betrieben!

Wenn wir uns geschlossen auf unsere eigene Kraft stützen, werden wir die Angriffe der vereinigten Ausbeuter abwehren können und erfolgreich sein!

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

Mit dem Arbeitsverfassungsgesetz will

Österreichs heimliche Regierung

die Arbeiter an die Kette legen



Das Arbeitsverfassungsgesetz ist zum Jahresende im Parlament <u>einstimmig</u> genehmigt worden. Vorher hat es das übliche Hin und Her gegeben. Dies wieder war **begleitet** von einem propagandistischen Feuerwerk der beiden österreichischen "Reichshälften" - je nachdem: Die SPÖ "begeistert" dafür, die ÖVP "vehement" dagegen. Während dieser altbewährten Spiegelfechterei wurde dieses Gesetz zwischen "Wirtschafts- und Sozialpartnern" hinter "paritätischen" Polstertüren ausgepackelt und dann dem Parlament vorgelegt.

Über den wahren politischen und sozialökonomischen Inhalt der einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzes wird noch ausführlich zu sprechen sein. Heute wollen wir nur einzelne Seiten der Diskussion rund um die famose "Arbeitsverfassung" und die Art und Weise ihres Zustandekommens hinweisen. Dabei muß eines klar sein: Das neue Gesetz hat die Aufgabe, die neuaufgekommene Macht des vor allem in der ÖGB-Spitze verankerten bürokratischen Kapitals im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu stärken, die innerbetrieblichen Errungenschaften der Arbeiter einzudämmen, alle betrieblichen Forderungen der Belegschaften unter Kontrolle der Gewerkschaftsbürokratie zu stellen, die Allmacht der "Paritätischen" wie überhaupt des zur "Sozial- und Wirtschaftspartnerschaft" zusammengeschlossenen privaten und staatlichen Monopolkapitals zu bekräftigen und zu sichern.

DIE MITBESTIMMUNG der Arbeiter und unteren Angestellten sei angeblich das Ziel, das mit dem neuen Gesetz verfolgt werde, behaupten seine Schöpfer. In Wirklichkeit haben Häuser & Co. die Mitbestimmung der ÖGB-Bonzen in den einzelnen Betrieben, vor allem ihre absolute Herrschaft über die von der Belegschaft gewählten Betriebsräte angestrebt. Ein Drittel der Lohn- und Gehaltsempfänger Österreichs ist nicht gewerkschaftlich organisiert (in mittleren Betrieben ist dieser Prozentsatz für den ÖGB noch ungünstiger, und in den Zehntausenden Kleinbetrieben ist meistens die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten in der Minderheit!), aber die Gewerkschaftsbosse erhalten durch dieses Gesetz größere Rechte über die gesamte Arbeiterschaft als bisher. Wohlgemerkt: Es sind dies die Rechte der Bosse über die Betriebsarbeiter, nicht aber Rechte der Werktätigen selbst! Es ist aber kein Wunder, daß sich diese Bosse soviel das Maul über die "Mitbestimmung" zerreißen, die angeblich eine Mitbestimmung der Arbeiter wäre. Wir haben schon in der Grundsatzerklärung der VRA "Für die sozialistische Revolution in Österreich!" darauf hingewiesen, daß die Kapitalisten und ihre innerhalb der Arbei-

terschaft tätigen Agenten das betrügerische Schlagwort "Mitbestimmung" aufs Tapet gebracht haben, weil sich dahinter einer der Widersprüche der längst untergangsreifen kapitalistischen Ordnung verbirgt: nämlich der Widerspruch zwischen der Allmacht eines kleinen Häufleins von Schmarotzern und der Ohnmacht der gewaltigen Mehrheit des arbeitenden Volkes. Es ist dies ein Ausdruck des allgemeinen Widerspruchs zwischen den überholten kapitalistischen Produktionsverhältnissen und den nach einer sozialistischen Ordnung strebenden modernen Produktivkräften, unter denen die intelligenten und fachkundigen Arbeiter die wichtigste sind.

Die Kraft der Arbeiter liegt in den Betrieben. Dort haben sie sich weit höhere Löhne erkämpft, als ihnen die ÖGB-Bosse mit den Kollektivverträgen bieten. Dort haben sie eine Reihe von sozialen Verbesserungen erreicht, die in den gewerkschaftlichen Kollektivverträgen gar nicht vorgesehen sind. Und dort reagieren sie oft spontan und wirksam auf Anschläge der Unternehmer. Dort wählen sie auch ihre Betriebsräte, die sie bisher unter stärkerer Kontrolle halten konnten (wenn sie nur wollten), als dies ihnen gegenüber den Bonzen in den Gewerkschaftssekretariaten möglich ist. Diese Kraft der Arbeiter in den Betrieben bereitet schon seit langem den Kapitalisten und Gewerkschaftsbonzen Sorge. Sie wissen sehr wohl (leider bis heute noch besser als die Mehrzahl der Arbeiter selbst!), welche Möglichkeiten betriebliche Kämpfe in sich bergen. Eben deshalb haben sich Igler, Sallinger und Mussil mit Benya, Häuser und Co. über das "Arbeitsverfassungsgesetz" geeinigt. Schöller, Mautner-Markhof usw. gaben dazu wohlwollend ihren Segen.

Widersprüche unter den Kapitalisten

Den kleinen so wie vielen mittleren Unternehmern paßt es nicht, daß "außerbetriebliche" Faktoren wie die (mit dem monopolistischen Großkapital verbandelten) ÖGB-Bosse irgendwie in ihren Betrieb hineinspielen könnten. Sie versteigen sich manchmal dazu, sich "arbeiterfreundlicher" als die Gewerkschaftsbonzen zu geben. So schrieb z.B. der Chef der Linzer "Bauhütte Leitl-Werke" am 8. Jänner in der "Presse", innerhalb eines "autonomen" Betriebes könnte man – im Unterschied zu der im Gesetz angedeuteten übergeordneten "Mitbestimmung" – "schon von einer Selbstbestimmung" der Belegschaft, natürlich "im Rahmen der gemeinsam (mit dem Unternehmer) erarbeiteten Zielsetzung", sprechen. Die Arbeiter sollten nicht nur im Aufsichtsrat, sondern auch im Vorstand vertreten sein, wo "gerade... die bedeutsamen Entscheidungen gefällt werden". Man solle die "Mitbestimmung" mit einer "Vermögensbildung in Arbeiterhand" (d.h. mit dem Ersatz von Lohnerhöhungen durch eine lächerliche "Gewinnbeteiligung") verbinden, weil die Arbeiter "mitverantwortlich für die betrieblichen Entscheidungen" (d.h. für ihre eigene Ausbeutung durch den Unternehmer!) gemacht werden müßten. Weitere Äußerungen mittlerer Unternehmer im gleichen Sinn brachte das Blatt in den folgenden Tagen. Diese Widersprüche unter den Kapitalisten in bezug auf das neue Gesetz äußerten sich auch in anderer Weise.

Die „Presse“ gegen die „Presse“

Am 12. November brachte das Leibblatt der österreichischen Großbourgeoisie einen Leitartikel von W. Oberleitner, in welchem schärfstens gegen die Abmachung der "Sozialpartner" über das "Arbeitsverfassungsgesetz" gewettert wurde. Der Autor gab darin – zumindest objektiv – dem Unbehagen vieler kleiner und mittlerer Unternehmer wegen der Packelei der "Interessenvertreter" (d.h. der Vertreter der Interessen des privaten und staatlichen Monopolkapitals) Ausdruck. Fünf Tage später erhielt Oberleitner faktisch einen scharfen Rüffel von seinem Chef Schulmeister, der die "Sozialpartnerschaft" (die laut "Kurier" vom 17. November 1973 die "heimliche Regierung" Österreichs ist) vehement in Schutz nahm. Bei dieser Polemik kam aber noch etwas anderes heraus, das in seiner Bedeutung weit über die Frage des "Arbeitsverfassungsgesetzes" hinausgeht, nämlich das abermalige Eingeständnis, daß die bürgerliche "Demokratie" bankrott ist! Oberleitner bezeichnete abfällig den Nationalrat als "Ständeparlament..., dessen Entscheidungen faktisch schon vorher anderswo fallen", was eine "Mißachtung der vom Volk gewählten Vertreter" bedeute. Daher, so warnte er, "sollte man sich nicht wundern, wenn eines Tages mehr Wähler als heute dieses Spiel durchschauen und jenen Weg einschlagen, dem am 21. Oktober viele Wiener gegangen sind: den der Wahlenthaltung". Die Marxisten-Leninisten Österreichs können dieses Eingeständnis, das lediglich unsere eigenen Schlußfolgerungen von gegnerischer Seite her bestätigt, mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen. ●

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Mit aller Vehemenz wird uns Bergbauern stets der "Rat" gegeben, neben der landwirtschaftlichen Tätigkeit einen Zu- oder Nebenerwerb zu suchen. Die das sagen, sind die Bonzen aus den Kammern und den bäuerlichen Institutionen, die allesamt ausgesorgt haben. Die Sicherung unserer bäuerlichen Existenz durch kostengerechte Erzeugerpreise für Milch, Butter, Fleisch usw. kann nicht erfolgen, weil das Industrie- und Handelskapital sowie die internationalen Lebensmittelkonzerne aus ihren Profitgründen dagegen sind. Also geben uns die "Bauernführer" solche "Ratschläge", die aber kein Ausweg aus unserem Existenzleid sind, sondern nichts anderes als doppelte Ausbeutung.



Was sollen wir Bergbauern noch alles mitziehen?

Im bergbäuerlichen Vollerwerbsbetrieb bestreitet die ganze Familie ihren Lebensunterhalt ausschließlich aus der Bewirtschaftung des Hofes. Was das heißt, wissen wir alle: Miese und keinesfalls kostengerechte Preise für unsere Produkte, also dementsprechend auch ein mieser Lebensstandard. Auf Grund unserer Geländestrukturen haben wir keine Produktionsalternativen. Beim Bergbauern propagiert man den "Zuerwerb" also besonders.

Der bergbäuerliche Zuerwerbler kann sein kümmerliches Einkommen aus der eigenen Wirtschaft durch Gelegenheitsarbeiten "verbessern". Holzschlägerungen bei privaten, staatlichen oder kirchlichen Großwaldbesitzern, Holzbringungsarbeiten, Vermietung von Zimmern usw., das ist der von den diversen Bonzen im Solde des Kapitals angepriesene "Zuerwerb". Klar formuliert heißt das: Gesteigerte Ausbeutung aller am Hof Lebenden. Des Bauern, der Bäuerin, der Kinder und der Alten. Die physische und psychische Belastung der Bauernfamilie steigert sich ins Unerträgliche.

Der bergbäuerliche Nebenerwerbler bezieht aus einem nichtlandwirtschaftlichen Beruf bereits mehr Einkommen als aus seiner Landwirtschaft. Er kommt vorwiegend aus kleineren Betrieben, die als Einzel-Wirtschaften ohne ausreichende Grundlage für eine hauptberufliche Existenz sind. Er ist ein typisches Beispiel dafür, wie die kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft (bäuerliche Kleinwirtschaft auf individueller Basis; privates Eigentum an Grund und Boden) der Entfaltung der bäuerlichen Produktivkräfte

(=qualitative und quantitative Steigerung der Nahrungsmittelproduktion durch die Bauernschaft auf kollektiver, genossenschaftlicher Basis und mittels rationellster Produktionsverfahren; Sicherung der Existenz von Kleinbauernwirtschaften) bereits hinderlich geworden sind. Der bäuerliche Nebenerwerbler zeigt bereits klar das Schicksal des Klein-, Mittel- und Bergbauern in unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem und dessen fortschreitender Monopolisierungstendenz - auch im Agrarbereich: Er wird vom Hof gejagt mittels wirtschaftlichen Drucks. Das ist die Wahrheit ohne Wenn und Aber, ohne Verschleierung der Tatsachen.

Anstatt sich für unsere Anliegen zur Sicherung unserer wirtschaftlichen Existenz einzusetzen, geben uns die "Führer" also "weise Ratschläge", wie wir unser Einkommen "aufbessern" können. Das ist eine Politik im Interesse des Kapitals. Wir Bergbauern haben zwar eine Eselsgeduld, aber so dumm sind wir auch wieder nicht. Diese "Ratschläge" bringen doppelte Ausbeutung. Als Produzenten von Nahrungsmitteln werden wir vom Industrie- und Handelskapital ausgebeutet, indem man uns keine kostengerechten Preise zahlt, und als Zu- oder Nebenerwerbler werden wir ein zweites Mal ausgebeutet, indem man uns den Mehrwert der Arbeit vorenthält, die wir dabei vollbringen. Es ist einmal Ausbeutung als Bauer, das andere Mal Ausbeutung als Arbeiter.

Ist es nicht ein äußerst fragwürdiger "Zuerwerb", wenn wir den "Urlaub am Bauernhof" offerieren sollen. Die Lebensmittel, die wir dabei auf den Tisch bringen, müssen billig sein - als Ausgleich für mangelnden Komfort -, weil die Interessenten schon darauf ausgerichtet sind. Also wieder Verkauf zu nicht kostendeckenden Preisen. Dazu kann noch die ganze Familie unbezahlte Service-Leistungen bringen und sollen wir uns überdies in Schulden stürzen, weil die Zimmer, die vermietet werden, doch "halbwegs modern" sein sollen. Was tatsächlich dabei herausschaut, rechtfertigt den Arbeitsaufwand überhaupt nicht. Es macht sich aber gut für die herrschende Kapitalistenklasse, wenn auf der anderen Seite den Arbeitern "billige Urlaubsmöglichkeiten" geboten werden können. Man kann den "Wohlstand" auch auf diesem Gebiet hochloben und erspart sich dabei auch Geld. Denn dem Arbeiter kostet ein Urlaub im gewerblichen Fremdenverkehr bedeutend mehr, er würde also für Urlaubszwecke höhere Forderungen an den Unternehmer stellen. Also animiert man den Arbeiter zum "Urlaub am Bauernhof" und den kleinen und Gebirgsbauern, daß er sich damit einen "Zuerwerb" schaffe.

Auch das Abdrängen der Bergbauern zu Nebenerwerbsbauern geschieht ganz im Sinne des Monopolkapitals. Da der Nebenerwerbler meist nicht mehr für den Markt produziert, sondern vorwiegend nur mehr für den Eigenverbrauch, ist er den Monopolbestrebungen (Agrargroßproduzenten und Importhandel) nicht hinderlich. Auch paßt es der Industrie, daß der Kleinbauer im Nebenerwerb nicht sehr lohnbewußt ist. Erstens hat er die Möglichkeit, in seiner Freizeit und an Samstagen und Sonntagen am Hof Lebensmittel zu produzieren unter kostenloser Mithilfe von Frau und Kindern, zweitens hat er noch keinerlei klassenmäßige Betriebserfahrung. Anspruchslos und die Härte des Lebens gewohnt, erscheint der Bergbauer für die Unternehmer prädestiniert, die gefährlichsten und dreckigsten Arbeiten durchzuführen. Selbstverständlich als "Ungelernter" bei niedrigstem Lohn.

Somit ist der Bergbauer als Nebenerwerbler geradezu der ideale Angehörige der "industriellen Reservearmee", genauso wie der Gastarbeiter oder Frauen. Beim Aufkommen einer Wirtschaftskrise haben sie dann eine Funktion als Lohndrücker zu erfüllen; man will die Arbeiter bäuerlicher Herkunft gegen die "angestammten" ausspielen, damit sie nicht gemeinsam dem Kapital den Kampf ansagen, sondern sich womöglich untereinander den Schädel einschlagen.

Betrachtet man das alles, so ist die Sache ziemlich klar: Die österreichische Agrarpolitik mitsamt den "Ratschlägen" und "Alternativen", die man uns Bergbauern einzureden versucht, bietet keinen Ausweg. Zu- und Nebenerwerb steigern nur den Grad der Ausbeutung durch das Kapital. Nutznießer dieser Politik sind die Großen, das Industrie- und Handelskapital, die internationalen Lebensmittelkonzerne. Wenn uns die sogenannten "Bauernführer" den Zu- und Nebenerwerb als "Ausweg" aus materieller Verelendung "anraten", beweisen sie klar, in wessen Dienst sie stehen. Ob bewußt oder unbewußt, sie arbeiten eindeutig zum Schaden der kleinen, mittleren und Bergbauern. Wir wollen eine menschenwürdige Sicherung unserer bäuerlichen Existenz. Wenn das kapitalistische System aus bekannten Gründen diesen bäuerlichen Bestrebungen Widerstand entgegensetzt, so werden wir werktätigen Bauern und Arbeiter es revolutionieren.

Mit bäuerlichen und revolutionären Grüßen! ●

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

Die Arbeiter in den englischen Kohlengruben fordern schon seit langem eine Erhöhung ihrer Hungerlöhne. In einer Urabstimmung entschieden sich 81 % von ihnen für den totalen Streik, obwohl die konservativen Machthaber mit Gegenmaßnahmen und Massenarbeitslosigkeit drohten



Du sollst nicht streiken!

Die englische Bourgeoisie will es auf eine Machtprobe ankommen lassen. Neben der "Ölkrise" benützt sie den Bergarbeiterstreik, um die bei den Kapitalisten jetzt "modern" gewordene Erpressungspolitik gegenüber der gesamten Arbeiterschaft mittels der Krise verstärkt durchzuführen. In allen Bereichen der Wirtschaft wird mit dem "Krisengespenst" hausieren gegangen. Tatsächlich gibt es in England bereits gegen vier Millionen Arbeitslose.

Es ist ganz klar, daß nicht die "Ölkrise" und schon gar nicht der Bergarbeiterstreik daran schuld sind. Vielmehr liegt das an der dem kapitalistischen System innewohnenden Gesetzmäßigkeit. Die Profitwirtschaft der Unternehmer führt eben unweigerlich zum Zusammenbruch. Wie alle Ausbeuter wollen auch die englischen Lords und Millionäre die Krise auf den Rücken der arbeitenden Volksmassen abwälzen und auf deren Kosten ihre Profite sichern. Es spricht für den Solidaritätsgeist der arbeitenden Bevölkerung Englands, daß sie sich nicht gegen die streikenden Bergarbeiter - und jetzt auch Lokomotivführer - aufhetzen läßt, weil es "keinen Strom gibt", "gefroren werden muß" usw.!

Daß unsere Solidarität den englischen Arbeitern gilt, ist selbstverständlich. Aber es wird nicht nur deshalb in Österreich über diesen Streik gesprochen. Immer wieder können wir hören: "Was sagst du zum Streik in England? Sind schon soviel Arbeitslose dort." Oder: "Was dieser Streik schon Kosten verursacht hat. Zahlt sich das aus?" Die das sagen, sind Arbeiter. Es besteht kein Zweifel, daß sie an und für sich die Berechtigung dieses Lohnkampfs der englischen Bergarbeiter und Eisenbahner anerkennen. In ihrem Innersten spekulieren sie ja auch bereits mit dem Gedanken, daß auch die österreichischen Arbeiter endlich einmal "etwas machen" müßten, um ihre Reallohnverluste durch die ständigen Preiserhöhungen wettzumachen. Aber andererseits sind solche Äußerungen schon wieder unzweifelhaft manipuliert.

Weil wir uns nur durch den Kampf um Lohnerhöhungen gegen die ständige Inflation erfolgreich wehren können, weil wir uns an den englischen Arbeitern ein Beispiel nehmen müßten - und weil die herrschenden Kapitalisten bei uns diese Beispielswirkung fürchten -, gerade darum gibt es die unterschwellige Propaganda dagegen, die zu den erwähnten Aussprüchen führt.

Der Streik "kostet" aber nur deshalb "soviel", weil die Unternehmer die gerechten Lohnforderungen der Bergarbeiter nicht erfüllen wollen. Diese wären durch den Produktionsausfall schon auf lange Zeit gedeckt. Arbeitslose gibt es, weil die kapitalistische Wirtschaft auf die Dauer nicht lebensfähig ist. Das zu erkennen, daran sollen die Arbeiter in unserem Land gehindert werden. Denn im Interesse der Benya und Sallinger, der Kreisky und Schleinzer und ihrer vielen willfährigen Bonzen und Bönzchen liegt nur ihre eigene dicke Brieftasche. Das Schicksal der Arbeiter ist ihnen schnuppe. Das sollten wir erkennen. Solidarität mit den englischen Arbeitern! Nachahmung in unserem eigenen Interesse! ●



Ohne Waffen gibt es keine Arbeitermacht

Zum 12. Februar 1934

Wir saßen am 12. Februar 1934 in einem Studierlokal. Wir - das waren ein paar Studenten, die noch Mitglieder der SPÖ waren, aber schon längst mit ihrer Politik gebrochen hatten. Um zehn Uhr ging plötzlich das Licht aus. "Generalstreik!" rief einer hoffnungsvoll und zweifelnd zugleich. Mit dem Ruf: "So ein Blödsinn!" stürzte einer der Kollegen davon. Es war der Sohn des damaligen obersten Gewerkschaftsbonzen.

Wir anderen eilten auf die Straße. Die Straßenbahnen standen und wir fragten einen Schaffner: "Was ist los? Generalstreik?" Er sah uns mißtrauisch an und zuckte mit den Achseln: "Ich weiß nichts, wir haben keinen Strom."

Wir schluckten diese erste Enttäuschung hinunter und beschlossen, in das sogenannte Alarmlokal zu gehen. Wir, die Linken in der damaligen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP), waren ja alle Angehörige der militärischen Formation der Partei, des Republikanischen Schutzbundes. Damals war es ja so: Wer die Politik der Partei als zu lau kritisierte oder gar anfing, auf die "paar KPler" zu hören, war ein "Stänkerer". Solchen Menschen wurde bedeutet, nicht zu "schimpfen", sondern erst einmal unter Beweis zu stellen, daß sie bereit wären, die Errungenschaften der Arbeiter mit der Waffe in der Hand zu verteidigen. Und einen solchen "Beweis" konnte man mit der Mitgliedschaft im Schutzbund antreten. Wir standen voll und ganz zur Idee des Schutzbundes. Aber als wir "Soldaten der Partei" waren, hatten wir das Maul zu halten und uns bedingungslos den Befehlen der obersten Schutzbundführung und des Parteivorstands zu unterstellen, von wo schon rechtzeitig die Befehle zum Losschlagen gegen die Faschisten kommen würden. Desgleichen wurde uns eingetrichtert, sämtliche Waffen (manche hatten noch welche aus dem 1.Weltkrieg) an die Waffenmeister der einzelnen Formationen abzuliefern, damit sie ordentlich gepflegt werden und am Tag X einsatzbereit wären... Um alles glaubhaft zu machen, wurden Manöver und sonstige Kriegsspielereien veranstaltet, Alarmpläne ausgegeben, Alarmlokale für den Ernstfall angegeben. Dort würde man bewaffnet werden und die Befehle der Partei erhalten.

Wir kamen also zum Alarmlokal. Es war bereits von der Polizei besetzt. Vom Waffenmeister, der uns immer wieder von unseren Gewehren und MGs erzählt hatte, war weit und breit nichts zu sehen...

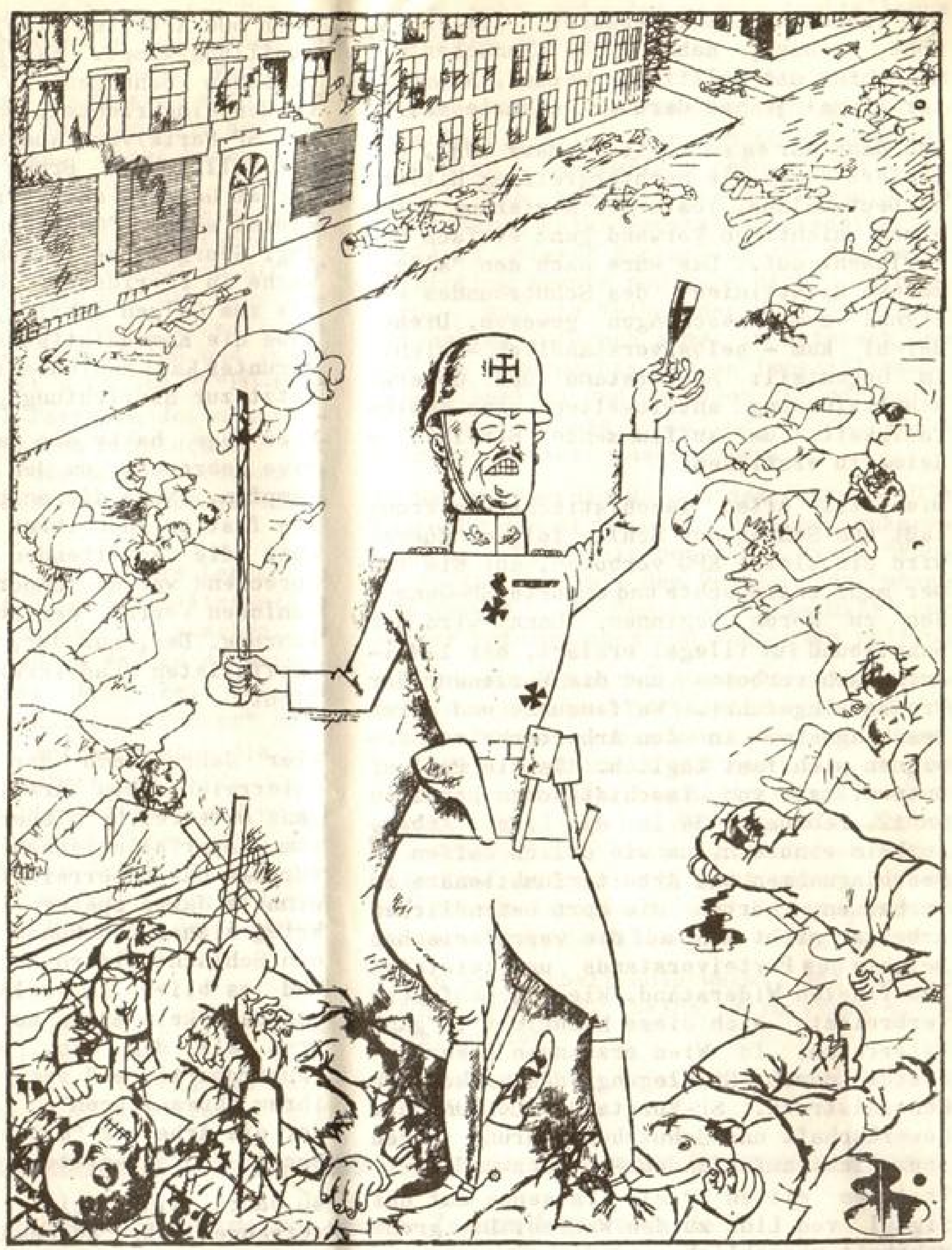
Dieses persönliche Erlebnis soll illustrieren, mit welchen Mitteln die kampfbereiten Arbeiter betrogen wurden. Seit 1918, vom Zeitpunkt an, da die empörten, von den Kriegsschauplätzen zurückströmenden Arbeitermassen samt dem Kaiser auch die Bourgeoisie davonjagen wollten, haben die SP-Führer die Arbeiter belogen und betrogen, sie politisch und militärisch entwaffnet mittels des sogenannten Austromarxismus, haben sie mit revolutionären Phrasen konterrevolutionäre Politik betrieben.

Ende 1918, Anfang 1919 durften die Arbeiter noch bewaffnet und unter roten Fahnen als Volkswehr auftreten. Von der provisorischen Regierung und der SP-Führung wurden sie damals gegen die "Rote Garde" eingesetzt, die sich zur Russischen Revolution bekannte. Als sich die bewaffnete Gewalt der bürgerlichen Republik so weit gefestigt hatte, wurden die Volkswehren aufgelöst und die Waffen in "Verwahrung" genommen. Ihre Angehörigen "durften" dem neugegründeten Bundesheer oder dem Republikanischen Schutzbund beitreten.

Mit Zuckerbrot - Sozialgesetzgebung und Gemeinde"sozialismus" - und Peitsche - dem Hunger in den ersten Nachkriegsjahren und der später einsetzenden Massenarbeitslosigkeit - wurden die Arbeiter in die Defensive gedrängt. Die Militärdiktatur Horthys in Ungarn und die Machtergreifung Mussolinis in Italien ermutigten die österreichische Bourgeoisie und ihre christlichsoziale Regierung, immer dreister gegen die Arbeiter aufzutreten. Faschistische Banden begannen ihr Unwesen zu treiben und Arbeiterfunktionäre wurden ermordet. Wenn dann die Radikalen in der SP und im Schutzbund Gegenaktionen verlangten, wurden sie in die Bereitschaftslokale beordert. Und dann hieß es, man dürfe sich nicht provozieren lassen - man werde geschlossen und diszipliniert zurückschlagen. Auf diese Art sollten die bewußtesten Klassenkämpfer von der Straße weggebracht werden.

Das erste Mal wurde die "Parteidisziplin"

Prost!
Es lebe der Austrofaschismus!



im Juli 1927 durchbrochen, als faschistische Arbeitermörder freigesprochen wurden. Streikende Arbeitermassen zogen nach Waffen rufend in die Stadt. Die SP-Führung lieferte die Waffen nicht aus, sondern verhandelte mit den Christlichsozialen wegen einer Koalition! Auf der Straße wurde erstmals geschossen - von der Polizei, deren Angehörige von der SP-Führung beschwichtigend immer als "Unsrige" bezeichnet wurden. 100 tote Arbeiter waren die Bilanz dieser Verratspolitik.
Durch die, dank der SP-Führung, erzielten Erfolge ermutigt, schritt die Bourgeoisie in beschleunigtem Tempo zur Faschisierung des Landes. Waffenlager des Schutzbundes fielen eines nach dem anderen in die Hände der Regierung, die Faschisten marschierten in Arbeitervierteln auf, die SP-Führung antwortete mit Schlagworten: "Wir werden mit ihnen schon fertig werden. Nur nicht provozieren lassen. Die internationale Lage ist für eine Revolution nicht günstig. Ein Bürgerkrieg wäre furchtbar, es bliebe kein Stein auf dem anderen. Aber wenn es darauf ankommt, werden wir natürlich kämpfen. Ansonsten ist Wahltag Zahltag. Noch zwei, drei Nationalratswahlen und wir haben die Mehrheit. Und wehe, wenn sie uns dann nicht regieren lassen!"
Große Teile der Arbeiterschaft ließen sich solcherart politisch weichklopfen. "...

die schönen Gemeindehäuser, die in die Höhe wuchsen, nahmen den Menschen die Sicht für die politische Weite", hat später einmal jemand darüber geschrieben.

Und dann war es so weit: Im März 1933, ermuntert durch die Machtergreifung Hitlers in Deutschland, löste die Regierung unter einem nichtigen Vorwand ganz einfach das Parlament auf. Das wäre nach den "allgemeinen Richtlinien" des Schutzbundes ein Signal zum Losschlagen gewesen. Dieser Befehl kam - selbstverständlich - nicht. Im Gegenteil: SP-Vorstand und Gewerkschaftsführung entwickelten eine emsige Tätigkeit, um aufflammende Streiks im Keime zu ersticken.

Die jetzt offen faschistische Regierung läßt nun Schlag auf Schlag folgen. Zuerst wird die kleine KPÖ verboten, auf die immer mehr enttäuschte und empörte SP-Genossen zu hören beginnen. Dann wird der Schutzbund für illegal erklärt, der 1.Mai-Aufmarsch verboten und die Vorzensur der Presse eingeführt. Waffensuche und deren Beschlagnahme in den Arbeiterheimen ereignen sich fast täglich. Als die Polizei unterstützt von faschistischen Banditen am 12. Februar 1934 in das Linzer Arbeiterheim einbrach, um wie üblich Waffen zu beschlagnahmen und Arbeiterfunktionäre zu verhaften, hörten die dort befindlichen Arbeiter nicht mehr auf die verräterischen Befehle des Parteivorstands und leisteten bewaffneten Widerstand. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich diese Nachricht in ganz Österreich. In Wien erzwangen E-Werkarbeiter durch Stillegung des Werkes den Generalstreik. SP-Vorstand, Leitung der Gewerkschaft und Schutzbundführung waren aber nicht aufzufinden - verschwunden.

Trotzdem eilten viele Tausende auf das Signal von Linz zu den Waffen. Die große Mehrheit vergeblich, wie das eingangs geschilderte Erlebnis zeigt.

Eine Handvoll aufrechter Arbeiterfunktionäre da und dort machte es möglich, daß einige tausend Schutzbündler, Kommunisten und sonstige zum Kampf entschlossene Arbeiter doch noch Waffen vorfanden. In den steirischen und oberösterreichischen Industriegebieten und vor allem in Wien - in Favoriten, Ottakring und Floridsdorf, auf dem Gürtel sowie im Karl Marx-Hof und Goethe-Hof schossen die Arbeiterhelden, ohne Plan und ohne Führung, verzweifelt gegen die anstürmende Polizei, Bundesheer und faschistische Garden. Entschlossen, lieber zu sterben, als kampflos vor dem faschistischen Gesindel und seiner Regierung zu kapitulieren.

Über 600 Arbeiter fielen in diesem Verzweiflungskampf. Einige, die den faschistischen Schergen in die Hände fielen, wurden hingerichtet. Darunter das Mitglied des SP-Parteivorstandes, Nationalrat Koloman Wallisch in Bruck a.d. Mur, der den Tod am Galgen dem Verrat und der feigen Flucht seiner "Genossen" vorzog. Darunter Ing. Georg Weisel, Kommandant der Feuerwache in Floridsdorf, der erhobenen Hauptes zum Galgen schritt, mit dem Ruf: "Es lebe die Kommunistische Internationale ! " Darunter Karl Münichreiter, der schwerverletzt zur Hinrichtung geschleppt wurde.

Vier Tage hatte die faschistische Exekutive gebraucht, um den Aufstand niederzukämpfen. Nach diesen paar Kampftagen war sie fast am Ende ihrer Kräfte. Das sahen auch die arbeitenden Massen und dementsprechend war die Empörung über den grenzenlosen Verrat der sozialdemokratischen Führung. Der, nur der, hatte den Sieg der Kapitalisten und ihrer Faschisten ermöglicht.

Vier Jahre nach der Niederwerfung der österreichischen Arbeiterklasse wurde ganz Österreich niedergeworfen. Erobert vom imperialistischen Nazi-Deutschland, für das das österreichische Volk nur eineinhalb Jahre später in den Eroberungskrieg ziehen und hunderttausende Tote auf den Schlachtfeldern Europas lassen mußte. Und es blieb in vielen Gebieten Österreichs "kein Stein auf dem anderen", es trat all das ein, was angeblich die "Austromarxisten" vermeiden wollten mit ihrem "humanitären", "friedlichen Weg", der die Arbeiter "mit dem Stimmzettel zur Macht" führen sollte.

40 Jahre sind seit den Februarkämpfen vergangen. Die sogenannte Sozialistische Partei und die sogenannte Kommunistische Partei schicken sich an, der Februarkämpfer zu "gedenken". Es ist dies ein Schlag ins Gesicht jedes klassenbewußten Arbeiters!

Denn da "gedenkt" eine SP- und Gewerkschaftsführung, die es nach dem Krieg verstanden hat, unter der Losung "Nie wieder 12. Februar" die Arbeiter vom richtigen Klassendenken abzubringen und selbst zu einem entscheidenden Teil der Bourgeoisie und der Machthaber in diesem kapitalistischen Österreich aufzurücken. Und diese SP- und Gewerkschaftsführung bejaht ausdrücklich die gegenwärtige Herrschaftsform des Kapitalismus.

Und da "gedenkt" am Höchstädtplatz der Klub der Osthändler und der Sprecher des

russischen Sozialimperialismus in Österreich, obwohl auch sie die revolutionäre Sache des Proletariats längst verraten haben. Diese Herren erdreisten sich, in einem Plakat zum 12. Februar 1934 auf das Chile 1973 hinzuweisen. Dabei haben dort ihre Kumpane in der "K"P Chiles 1973 den gleichen Verrat betrieben wie die sozialdemokratischen Führer 1934 in Österreich! Und sie bekennen sich jetzt noch zu dieser "Linie". Heute gehen sie mit dem "austromarxistischen" Schmäh des "friedlichen Wegs" hausieren. In ihren Taten und ihrem Effekt unterscheidet sich die "K"PÖ-Führung von den anderen Parteien des monopolkapitalistischen Systems in Österreich nur dadurch, daß sie die hundertprozentige Agentur des russischen Sozialimperialismus darstellt.

Ehrliches Gedenken heißt, die Lehren zu beherzigen, für die die Arbeiterhelden des Februar 1934 kämpften und starben. Im Vertrauen darauf, daß ja Waffen da waren, fielen die Arbeiter lange Zeit auf die Verratspolitik sogenannter "Führer" herein. Als 1934 die Aufrechtesten die Situation erkannten und mit der Waffe in der Hand ihre Waffen verteidigten, war es zu spät. Als ihr Vermächtnis - mit Blut geschrieben und hunderten Arbeiterleben besiegelt - muß für uns die Lehre gelten: Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen!

Und wenn uns noch so lautstark eingeredet wird, daß "alle leben" sollten, daß ja Klassengegensätze - die Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern - gar nicht mehr vorhanden wären: Kapitalismus führt zum Faschismus!

In den 40 Jahren seit dem Februaraufstand hat sich die Welt rings um uns gründlich verändert. Es ist zwar den modernen Revisionisten - vorläufig - gelungen die Herrschaft des Kapitals in der Sowjetunion und anderen Volksdemokratien wiederherzustellen; dieser Rückschlag für die Weltrevolution konnte und kann nicht verhindern, daß die Völker der Welt im revolutionären Aufbruch sind. Im Aufbruch gegen die Supermächte, gegen Imperialismus, Monopolkapital und Reaktion für die nationale und soziale Befreiung. Davon bleibt Österreich nicht ausgenommen.

Im Gedenken an die Helden des Februar 1934 sagen wir den arbeitenden Menschen unseres Landes: Schiebt sie beiseite, diese "Führer", die Euch mit dem Gefasel von "unserem Staat", von "unserer Wirtschaft" nur besser unterdrücken und ausbeuten wollen.

Schiebt sie beiseite, diese "linken Freunde", die Euch von "Mitbestimmung" und von einem "österreichischen friedlichen Weg" erzählen. Hört nicht auf sie alle, die in ihrer unerschöpflichen Raffgier und Gewinnsucht den Fesseln der kapitalistischen Gesetzmäßigkeit unterworfen sind. Die, wenn es anders nicht geht, ihren Ausweg in Arbeitslosigkeit und Krise, letzten Endes im imperialistischen Krieg suchen.

"Mann der Arbeit aufgewacht, und erkenne Deine Macht...", heißt es in einem alten Arbeiterlied.

Im Geiste der Februarkämpfer, vorwärts zur Volksmacht! ●

Die Nachrichtenagentur Hsinhua zitierte aus unserer Zeitschrift „rote garde"

„Einen Artikel, in welchem die Sowjetunion wegen der wirtschaftlichen Ausbeutung Indiens und wegen der Kontrolle entlarvt wird, die sie über dieses Land mit den Mitteln einer ‚Hilfe' erlangt, brachte die ‚rote garde', das Jugendorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (Marxisten-Leninisten), in ihrer letzten Ausgabe."

Mit diesen Worten leitete die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua am 2. Jänner eine Meldung ein, in der große Auszüge aus dem in unserer Dezember-Nummer erschienenen Artikel „Die neuen Zaren plündern Indiens Wirtschaft" übersetzt wurden. Presse und Rundfunk der Volksrepublik China haben diese Meldung gebracht. ●

Ein Leserbrief

Ich bin zwar kein überzeugter Marxist, das hindert mich allerdings nicht, zu verschiedenen Problemen meine eigene Meinung zu haben. Wie mir scheint, dämmert es auch in den einflußreichsten Kreisen Österreichs, daß es in der jetzigen Zeit nicht unbedingt gut ist, wenn man sich willenlos den Großmächten an den Hals wirft und sich auf Gedeih und Verderb deren Anliegen unterwirft. Mir scheint vielmehr, daß auch in Österreich ein Hauch von dem spürbar ist, was Sie als "Die Revolution ist zur Hauptströmung geworden" bezeichnen.

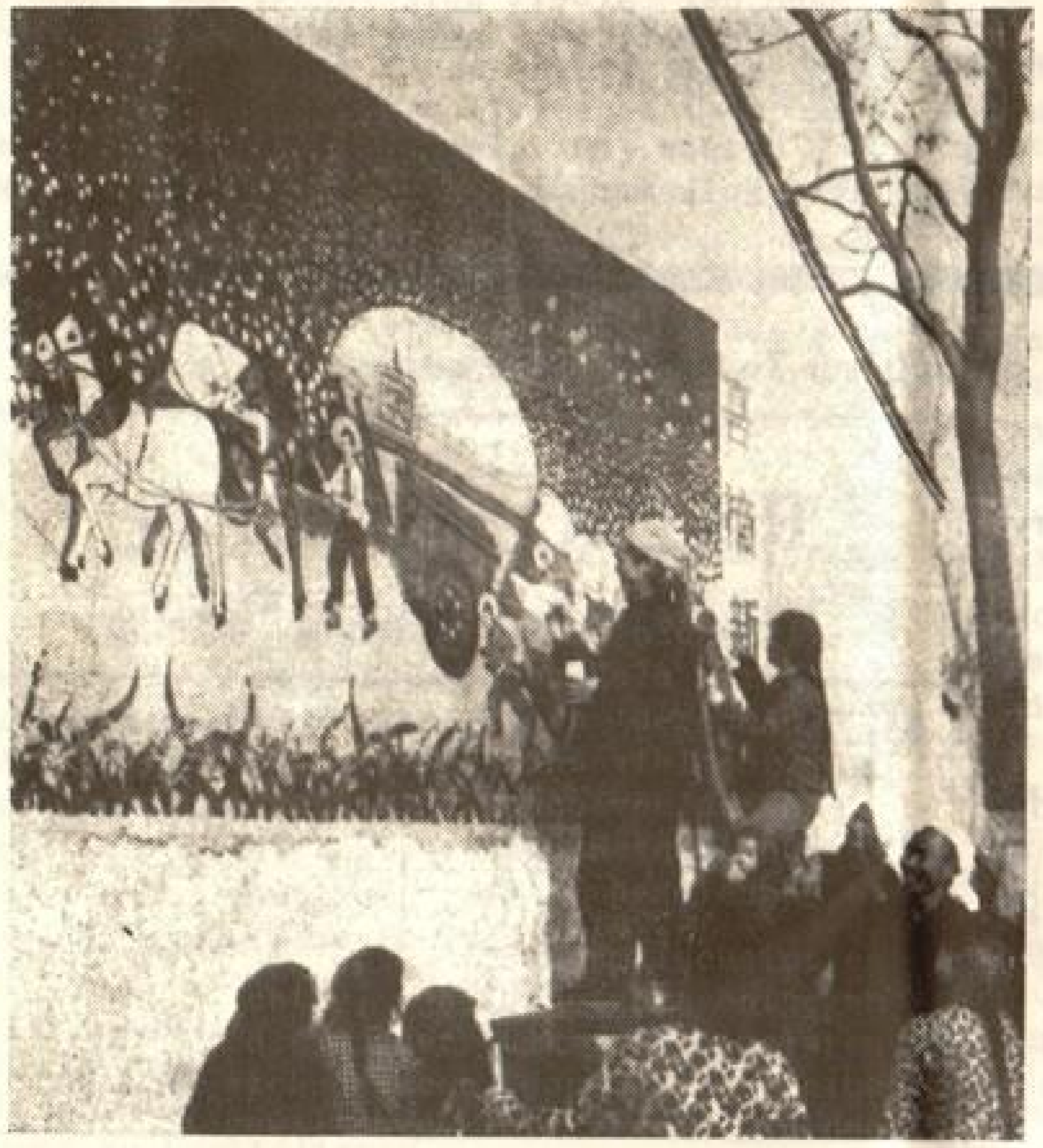
Ich halte das für gut. Darum scheint es mir aber wichtig, jenen Hetzern entgegen zu wirken, die mit der "Ölkrise" hausieren gehen und sich bemühen, den Boden für eine notfalls gewaltsame Intervention in den Erdölgebieten des Nahen Ostens vorzubereiten.

Zugegeben, die arabischen Völker leben noch rückständig. Aber das gegenüber den österreichischen Arbeitern als Vorwand zu nehmen, um die Profitmachinationen der Erdölmonopole zu rechtfertigen, "Ölscheichs", die jahrzehntelang hochgelobt wurden, weil sie billigst Erdöl lieferten, nunmehr als Alleinschuldige hinzustellen, die beseitigt werden müssen, erscheint mir bekämpfenswert. Ich verstehe vollkommen, wenn jetzt auch der Erdölpreis den internationalen Gegebenheiten angepaßt wird. Und die Entwicklung in den arabischen Ländern soll man den Menschen dort überlassen. Die werden schon draufkommen, was sie zu tun haben. Ob der Erdölreichtum nur einer Handvoll oder allen Leuten dort zugute kommen soll.

Um was es mir geht und was die Heuchelei der Zeitungsschreiberlinge und Fernsehkommentatoren erst so richtig entlarvt, ist folgendes: Da haben die Amerikaner ihren Preis für Sojabohnen und Weizen gewaltigst erhöht, weil die "Marktlage" günstig war. Von gleicher "Empörung" wie beim Erdöl war da aber nichts zu bemerken. Da nützen die Russen die "Erdölkrise" so aus, daß sie billig bekommenes irakisches Erdöl zum dreifachen Preis weiterverkaufen. Auch hier kein Aufschrei der Empörung.

Ich glaube, solche einfache Tatsachen könnten für die österreichischen arbeitenden Menschen lehrreich sein. Man kann nämlich draufkommen, wer ehrlich ist und was gespielt wird.

J. G., NÖ. ●



Chinesische Kunstmappe

96 farbige Reproduktionen von Gemälden und Graphiken aus Volkschina

Der chinesische „Volks-Kunstverlag" hat 96 hochwertige Bilder ausgewählt, die er in erstklassiger Ausführung farbig reproduzierte und 1973 in einer Mappe herausbrachte. Diese Kunstmappe bietet einen gediegenen Querschnitt durch das Schaffen der modernen bildenden Künstler Chinas. Unter diesen befinden sich sowohl Berufsmaler und -graphiker als auch begabte Amateure aus den Reihen der Arbeiter, Bauern und Soldaten.

Die Sammlung ist sowohl der Technik nach als auch thematisch überaus vielfältig. So manche Blätter eignen sich als Wandschmuck.

Die neue chinesische Kunstmappe ist zum Preis von S 250,– ab sofort durch uns zu beziehen. Bestellungen bitte an: VRA, 1205 Wien, Postfach 3.

Die Firma Muhri & Co. bietet keine Alternative

"Kreisky hat kein Krisenkonzept." So oder ähnlich lautete die Schlagzeile der "Volksstimme" vom 25. Jänner. Und im Untertitel wurde beklagt, daß die Vorschläge der "K"P-Führung dazu kein Gehör fänden. Tenor des Ganzen: Ausweg sei eben, die "K"PÖ zu stärken, zu wählen, zu unterstützen usw.

Mit diesen betrügerischen Phrasen will die "K"PÖ-Führung die jahrelange Verdummungspolitik der herrschenden Klasse gegenüber den arbeitenden Menschen für sich ausnützen. Wem jetzt klar wird, daß es egal ist, ob ÖVP oder SPÖ – allein oder gemeinsam, eventuell auch mit der FPÖ – die Regierungsgeschäfte ausüben, weil alle diese Parteien die volksfeindliche Politik des Kapitals betreiben, der soll sich der "K"PÖ zuwenden. Denn sie wäre ja "anders", sie würde ja Arbeiterpolitik betreiben, wird von Muhri & Co. geheuchelt.

Diese Heuchelei entspricht genau der Rolle, die den Höchstädtplatz-Bonzen von seiten der herrschenden Klasse zugebilligt wurde, und die honoriert wird in Form von steigender Propagierung in Fernsehen und Radio. "Linkeste Opposition", mit der Funktion aber, die Arbeiter vom wahren Verständnis ihrer Lage und vom Kampf um ihre Interessen abzuhalten.

Denn gegen die kapitalistische Krise gibt es kein "Mittel", kein "Konzept". Inflation, Stagflation, Krise – letzten Endes der imperialistische Krieg – gehören zum Kapitalismus wie die Wolke zum Regen. Die arbeitenden Menschen können dieser Gesetzmäßigkeit nur begegnen, indem sie das System ändern; dazu müssen sie im Besitz der Staatsmacht sein.

Im Kampf um ihre täglichen Interessen wird die Erkenntnis dieser Notwendigkeit den arbeitenden Menschen klar werden. Einerseits, weil die Erfahrungen der täglichen Praxis des Klassenkampfes mit seinen Siegen und Niederlagen die Menschen zu immer neuen Überlegungen treibt, andererseits, weil der so vorbereitete Boden der beste Acker ist, auf welchem die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus gedeihen. Diese Ideen in Verbindung mit den täglichen Auseinandersetzungen in die Arbeiterklasse zu tragen, ist die stete Aufgabe der Marxisten-Leninisten.

Preissteigerungen können nur mit Lohnforderungen beantwortet werden; Arbeitsplätze nur im Kampf gegen Entlassungen gesichert werden. Denn was der Kapitalist als "notwendig" für seine Interessen bezeichnet, das geht auf unsere Kosten. Dem müssen wir arbeitende Menschen unsere Interessen entgegensetzen und sie im Kampf durchzusetzen versuchen. Es gibt im Kapitalismus kein "Rezept", wie "alle befriedigt" werden können. Es gibt schon gar kein "Rezept", den kranken, verfaulenden Kapitalismus zu "kurieren". Wirkliche Kommunisten wissen das vom Studium des Marxismus-Leninismus.

Wenn Muhri und Co. also solch "weise Sprüche" verzapfen, erfüllen sie nur ihre Aufgaben im Dienste des Kapitals. Gleichzeitig verfolgen sie dabei die Absicht, durch eine "Stärkung der 'K'PÖ" ebenfalls zu Posten und Pfründen zu kommen, wie sie jetzt die SPÖ-, ÖVP- und FPÖ-Bonzen haben.

Wie die Wiener Landtagswahlen gezeigt haben, gehen aber die einfachen Menschen dieser Demagogie nicht auf den Leim. Wir Marxisten-Leninisten werden alles daran setzen, daß sie das auch in Zukunft nicht tun. Den ehrlichen Genossen in der "K"PÖ aber empfehlen wir, die Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus mit den Worten und Taten ihrer Führer zu vergleichen. Dann müßten sie eigentlich klar sehen. ●



Die Statistiken verraten es:

Die Banken unterschlagen mehr, als die Bankräuber rauben

Los Angeles: Im Jahre 1969 haben in den USA Banditen insgesamt zehneinhalb Millionen Dollar geraubt. Hingegen haben im selben Jahr die Behörden, welche mit der Kontrolle der Banken betraut sind, bei den Banken Unterschlagungen in der Höhe von elfeinhalb Millionen aufgedeckt. Wobei die Behörden zugeben, daß viele Unterschlagungen unentdeckt bleiben. Im Jahre 1970 – es ging halt vorwärts und aufwärts – raubten die Banditen zwölfeinhalb, die Banken hingegen unterschlugen 32 Millionen Dollar! ●